

Neue Wege beschreiten

Die Positionierung des BVMW zur Euro-Krise im Überblick

Stand: November 2011

Die Integration Europas ist für den Mittelstand eine Herzensangelegenheit. 95% der mittelständischen Unternehmer wollen, dass die Währungsunion bestehen bleibt. Aber es besteht die Gefahr, dass auf der politischen Bühne aus einer Herzens- eine Machtangelegenheit wird.

Die Dreifachkrise

Bei der „Euro-Krise“ handelt es sich um eine Dreifachkrise, die aus einer zu hohen Staatsverschuldung, einer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit und einer nicht ausreichenden Kapitalisierung der Banken in den Problemländern besteht. Die drei Probleme verstärken sich gegenseitig, wie diese Analyse zeigt: www.bvmw.de/uploads/media/kommentar_staatsschuldenkrise.pdf

Daraus ergibt sich, dass jede Strategie scheitern wird, die nicht alle drei Probleme gleichzeitig adressiert. Ein konsistentes Paket ist notwendig, das den grundlegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhängen genügend Beachtung schenkt. So kann es in einer Rezession nicht gelingen, den Schuldenstand im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt zu senken. Darauf hatte der BVMW schon früh aufmerksam gemacht. So empfahl der Präsident von BVMW und CEA-PME, Mario Ohoven, bei einem parlamentarischen Frühstück im Mai 2010 den Parlamentariern, dem ersten Rettungsschirm für Griechenland nicht zuzustimmen: www.bvmw.de/veroeffentlichungen/jahresbericht-2010.html

EFSF ohne Hebel akzeptiert. ESM und Euro-Bonds ablehnen.

In 2011 hat sich die Staatsschuldenkrise weiter ausgedehnt. Insbesondere die Vertreter von Banken erzeugten in den Berliner Abgeordnetenbüros Angst. Sie drohten unverhohlen mit „drastischen Folgen“ auf den Finanzmärkten, wenn das jeweils nächste und größere Rettungspaket nicht beschlossen werden würde. Der BVMW hat auf diesen Mechanismus hingewiesen. Dabei haben wir die Zustimmung des Bundestags zum EFSF akzeptiert, da bei einer Ablehnung die Gefahr eines plötzlichen Einbruchs an den Finanzmärkten zu groß war. Mit der EFSF wurde Zeit gekauft, die bislang noch nicht sinnvoll genutzt wurde. Den geplanten Rettungsschirm ESM und Euro-Bonds mit gemeinschaftlicher Haftung lehnen wir ab: www.bvmw.de/uploads/media/denkanstoesse-eurokrise_02.pdf

Ebenso sieht der BVMW den Einsatz von Hebelinstrumenten kritisch, da durch sie das Risiko nicht sinkt, sondern steigt: www.bvmw.de/uploads/media/Denkanstoesse_EFSF-Hebel.pdf

Lösungsvorschläge

Zur Lösung der Krise schlägt der BVMW kurzfristig ein Paket aus diesen Maßnahmen vor: ►

1. Existenzgründungen fördern, denn ohne die kleinen und mittleren Unternehmen kann kein Land die Krise lösen.
2. Konsequente Durchführung von Strukturreformen und Privatisierungen.
3. Euro-Anleihen mit separater Haftung („synthetische Euro-Bonds“) als Alternative zu EFSF, ESM und Euro-Bonds einsetzen. Eine direkte Zinssubvention ist ehrlicher, transparenter und risikoärmer für Deutschland als Milliarden-Garantien, die u.U. zukünftige Generationen belasten: www.bvmw.de/uploads/media/denkanstoesse-synthetische-anleihe.pdf
4. Ausgleichsforderungen (nach Währungsreformen 1948 und 1990 bereits praktiziert) einsetzen, um Banken nach einer Umschuldung ggfs. zu kapitalisieren.
5. Flexiblere Instrumente der relativen Preisanpassung einsetzen, die aber eine Deflationspolitik à la Brüning vermeiden. Eine Doppelwährung könnte ein mögliches Instrument dazu sein. www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/11/doppelwaehrung-eine-alternative-fuer-die-zukunft-des-euroraums/
6. Umschuldungen müssen durchgeführt werden, wenn auf anderem Weg die Schuldentragfähigkeit eines Landes nicht wieder hergestellt werden kann.
7. Die EZB hat sich auf Versorgung des Bankensystems mit Liquidität zu konzentrieren. Der Kauf von Staatsanleihen ist nur in Notfällen zulässig.
8. Einen flexibleren Ein- und Austritt aus der Währungsunion für Mitgliedsländer ermöglichen. Auch hierzu könnte die Doppelwährung ein Ansatz sein (s. Punkt 5).

Euroland

Wenn Europa eine Herzensangelegenheit bleibt, wächst es automatisch zusammen. Einer Brüsseler Zentralregierung wird es dagegen nicht gelingen, Integration zu stiften. Sie eignet sich zu gut, um als Schwarzer Peter für Fehlentwicklungen in den Mitgliedsstaaten herzuhalten. Der BVMW empfiehlt aus ökonomischen Gründen eine stärkere Koordinierung bei nicht-handelbaren Gütern (Bau, Staatsdienstleistungen), während bei handelbaren Gütern die Koordination über den gemeinsamen Binnenmarkt schon die optimale Lösung für Euroland ist. An den Prinzipien der demokratischen Legitimation, der Subsidiarität und der Transparenz muss auch langfristig festgehalten werden: www.bvmw.de/uploads/media/denkanstoesse_euroland.pdf

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Leipziger Platz 15
D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 533206-0
Fax: +49 (0)30 533206-50

politik@bvmw.de
www.bvmw.de